

Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ist relevant und wichtig. Während der Schulzeit wurde das Thema Nationalsozialismus und dessen Opfer und Verfolgte bei manchen mehr, bei manchen weniger behandelt. Was dabei immer klar war: so etwas darf nie wieder geschehen. Häufig wurde es allerdings auch verharmlost: Das könne in der heutigen Zeit nicht mehr passieren, den Menschen ginge es zu gut, und alle hätten gesehen, wohin eine solche Einstellung, solch eine Denkweise, führen kann. Es schien immer klar, dass sich dieses Kapitel nie wiederholen würde. Doch ist das immer noch der Fall?

Jedes Jahr gedenken viele Menschen auf der ganzen Welt den Opfern und Verfolgten des Nationalsozialismus. Die UNESCO schreibt auf ihrer Webseite über den 27. Januar unter anderem: Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der Intoleranz, die zu auf Gruppen gerichtete Gewalt führen, werden mit beharrlichem Engagement entgegengewirkt. Teilnehmerstaaten teilen eine gemeinsame Verantwortung. Diese Verantwortung schließt mit ein, dass über die Gründe, Konsequenzen und Dynamiken solcher Verbrechen aufgeklärt wird, um die Widerstandsfähigkeit junger Menschen gegenüber solchen Ideologien des Hasses zu erhöhen.

Die Besinnung dieser Verantwortung scheint heute wichtiger denn je zu sein. Sie gilt nicht nur für Staaten, sondern auch für jedes Individuum.

Das Aufkommen der AfD bewirkte, dass Einstellungen hinterfragt werden müssen: Wie kann es sein, dass eine Partei, die in Teilen so offensichtlich rassistisch, menschenverachtend und hasserfüllt gegenüber Andersdenkenden auftritt, so viele Menschen mobilisiert? Seitdem die AfD mehr und mehr Zuspruch gewinnen konnte, gab es viele Studien, die sich mit vermeintlichen Wähler*innen auseinandersetzen, nach Gründen für den Erfolg dieser Partei sucht und Wege aufzeigt, wie verhindert werden könnte, dass die AfD weiterhin so erfolgreich ist. Die Ergebnisse skizzieren vielschichtige Wechselwirkungen und Einstellungen. So sind „die typischen AfD-Wähler*innen“ nicht unbedingt, wie viele dachten, arbeitslos oder verfügen über ein geringes Einkommen. Auch ist es nicht zwangsweise so, dass sie einen niedrigen Bildungsstand haben.

Am 25. Januar veröffentlichte die ARD einen Artikel, indem darüber berichtet wurde, warum Menschen damals in die NSDAP eingetreten sind, bevor sie flächendeckend von vielen gewählt wurde. In dem Artikel wird von Verspottung gesprochen, von Ausgrenzung. Des Weiteren kann dort von drohenden Entlassungen aus dem Betrieb, dem Boykott eigener Geschäfte oder körperlichen Angriffen gelesen werden. Weitere wiederkehrende Motive schließen einen angeschlagenen Nationalstolz mit ein, die Wut auf die alten Parteien und die Angst vor sozialem Abstieg. Aber auch die Angst vor fremden Menschen im eigenen Land.

Vieles davon kommt bekannt und sehr aktuell vor. Menschen werden aufgrund ihrer Einstellungen angefeindet, es scheint Unsicherheit darüber zu herrschen, ob Vaterlandsstolz ein klares Indiz für rechtes Gedankengut sei. Den etablierten Parteien wird vorgeworfen, ganze Bevölkerungsgruppen zu vernachlässigen. Die Gefahr des sozialen Abstiegs scheint allgegenwärtig zu sein. Und die Angst vor dem Fremden wird spätestens seit der Flucht hunderttausender Menschen aus ihren Heimatländern fast täglich in den Medien thematisiert.

Diese Zustände sind denen der 1930er Jahren nicht unähnlich. Es wird derzeit verstärkt über einen seit Jahren zunehmenden Antisemitismus in Deutschland berichtet.

Es scheint deswegen immer wichtiger zu sein, dass sich Menschen mit unterschiedlichen oder gar gegensätzlichen Meinungen über ihre Einstellungen und Motive unterhalten und diese nicht verschweigen.

Was dabei offensichtlich ist: die Art des Diskurses über politische Einstellungen hat sich drastisch verändert. Der Ton ist erfüllt von Hass und Androhung von Gewalt. So scheinen beispielsweise die wenigstens Kommentare auf Facebook oder Twitter auf eine konstruktive Debatte abzu zielen. Vielmehr scheint es darum zu gehen, in möglichst herablassender Weise darauf hinzuweisen, wie minder bemittelt Menschen sind, die eine andere politischen Gesinnung haben. Und dies sowohl auf linker als auch auf rechter Seite. Es scheint, als ginge es darum, die eigene Meinung herauszubrüllen, um Menschen mit anderen Idealen und Vorstellungen fertigzumachen.

Wenn ich darüber nachdenke, welche Schritte ich selbst gegen diese Entwicklung unternehmen kann, fühle ich mich häufig sehr machtlos. Soll ich den Menschen, die ihre Meinung auf sozialen Netzwerken kundtun, mit der gleichen Wortwahl entgegentreten? Das wird kaum dazu führen, dass sie ihre Meinung ändern oder zumindest hinterfragen. Soll ich die Kommentare ignorieren und gar nichts sagen? Vielleicht werden die sozialen Medien nur als Ventil genutzt? Aber ermutigt ein solches Verhalten nicht auch Gleichgesinnte, sich zusammenzutun und sich gegenseitig anzustacheln? Dass es nicht bei Kommentaren in sozialen Netzwerken bleibt, sondern zu physischen Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden kommt?

Eins ist für mich klar, wenn es um Kommentare auf sozialen Netzwerken geht, die ich lese: Solche, die meldepflichtig sind, melde ich. Aber hilft das langfristig? Wenn ich einen Tweet oder ein Kommentar melde, verändere ich damit auch die Meinung der Person, die es verfasst hat? Wahrscheinlich nicht. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich sage nicht, dass meldepflichtige Kommentare nicht gemeldet werden sollen. Aber damit ist es meiner Meinung nach nicht getan.

Für mich scheint es wichtig zu sein, mehr Wert auf die Gemeinsamkeiten zu legen. Auf ein Miteinander. Manchmal habe ich das Gefühl, dass es nur zwei Gruppen zu geben scheint: „Die da oben“ und der restliche Teil der Bevölkerung, die von „denen da oben“ vorgeschrieben bekommen, was und wie sie zu denken haben. Der Legitimationsgrund dafür? Vielleicht Geld, vielleicht der Eindruck, besser zu wissen, was gut und was schlecht ist. Doch wer sind „die da oben“?

Sicherlich, die meisten Politiker*innen werden damit gemeint sein. Die Parteien haben spätestens seit der letzten Bundestagswahl den klaren Auftrag, ihren Beitrag zum Erfolg der AfD zu erörtern. Es muss analysiert werden, wie welche Gruppen durch die AfD mobilisiert wurden und was die etablierten Parteien in der Vergangenheit falsch gemacht haben. Auch, welche Gründe es für die Politik- und Wahlverdrossenheit gibt. Dieses Thema ist nicht nur im fernen Berlin relevant, sondern auch direkt hier auf unserem Campus. Teilhabe ist wichtig. Gerade Studierenden sollte die Wichtigkeit von Wahlen bewusst sein. Doch die Uni-Wahlbeteiligung in den letzten Jahren spricht eine andere Sprache:

- 9,2% (2017), 9,4% (2016), 10,1% (2015), 11,1% (2014), 11,6% (2013)

„Die da oben“, dazu gehören vielleicht auch die Menschen, die viel verdienen. Bezüglich der Schere in Deutschland und einer schwindenden Mittelschicht wird bereits seit Jahren berichtet. Am 8. Januar des letzten Jahres hatte eine durchschnittliche Person in einer Managementposition in einem DAX-Unternehmen bereits so viel verdient, wie eine durchschnittliche Person in einem Angestelltenverhältnis das ganze Jahr verdienen würde. Dazu kommen regelmäßig ans Licht kommende Steuerverstöße. Auch hier ist wiederum die Politik gefordert, dem Einhalt zu gebieten. Deutschland ist ein sozialer Rechtsstaat, in dem die Schwächeren von den Stärkeren unterstützt werden. Dazu gehört selbstverständlich auch, die eigenen Steuern zu entrichten.

Zu guter Letzt: Kann es sein, dass mit „die da oben“ wir gemeint sind, Akademiker*innen und solche, die es bald sein werden? „Die da oben“, das hört sich an, als läge eine weite Entfernung zwischen

beiden Gruppen. Abgehoben, losgelöst. Sicherlich, „Die da oben“, das stellt eine Pauschalisierung dar. Steckt darin aber nicht auch ein bisschen Wahrheit? Ist es vielleicht so, dass wir uns manchmal in unseren Elfenbeinturm zurückziehen und von dort, aus sicherer Entfernung, beobachten, was passiert? Manchmal mit Belustigung, manchmal mit Bestürzen, manchmal vielleicht sogar mit Gleichgültigkeit reagieren? In der eigenen Blase verweilen? Ich, für meinen Teil, muss das leider bejahen. Was also tun? Wieder verspüre ich eine gewisse Machtlosigkeit.

Wir müssen unsere eigenen Denkmuster hinterfragen. Versuchen, gegen das Schubladendenken vorzugehen. Menschen mit Verständnis begegnen. Kein Verständnis dafür, den eigenen Ärger durch Gewalt kundzutun, andere Menschen zu beleidigen oder kleinzureden. Kein Verständnis dafür, wenn gegen Gesetze verstoßen wird. Und erst recht kein Verständnis dafür, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Ich würde mir wünschen, dass man sich Gedanken darüber macht, warum eine Person so denkt, wie sie denkt. Welche Ängste, Zweifel und Sorgen vorhanden sind. Verständnis dafür zeigen, dass manche Menschen anfälliger sind für populistische Aussagen, manche weniger. Aber dass die Menschen, die populistischen Aussagen Gehör schenken, nicht gedankenloser sind als man selbst.

Aber wer bin ich, anderen Menschen zu sagen, dass sie falsch liegen? Was bemächtigt mich dazu anzunehmen, dass meine Werte und Einstellungen richtig sind? Sind sie das? Ich orientiere mich an den Werten, die mich durch meine Eltern geprägt haben, durch mein Umfeld in der Kindergartenzeit, später in der Schule, im Wehrdienst und in der Ausbildung, seit einigen Jahren hier an der Universität Bremen. Wäre ich mit anderen Werten aufgewachsen, würde ich ihnen heute noch folgen? Wäre das der Fall und ich sähe mich konfrontiert mit anderen Meinungen, würde ich die meine höchstwahrscheinlich verteidigen wollen. Und wenn mich andere von ihrer Meinung überzeugen wollen würden, würde es wahrscheinlich wenig helfen, mich zu beleidigen.

Was also tun, um die gefühlte Kluft in Deutschland zu verringern? Raus aus der Komfortzone. Das ist nicht einfach und kostet viel Überwindung. Aber meines Erachtens notwendig. Zeigen, dass es Gemeinsamkeiten gibt. Nicht nur auf sozialen Netzwerken, auch im Alltag, im Tanzverein, in der Kneipe, beim Sport. Sich nicht davor scheuen, in den Diskurs zu treten. Aber: Der Ton macht die Musik. Es muss gegenseitiges Verständnis aufgebaut werden. Es muss, wie gesagt, reflektiert werden, warum Menschen denken, wie sie denken.

Vielleicht muss man sich auch schmerzhaft Gedanken machen: Ein Beispiel ist die Diskussion darüber, ob ein Individuum stolz auf das eigene Land sein kann. Zugegebenermaßen, mir fällt das schwer. Aber muss das heißen, dass es allen schwerfällt? Oder schwer fallen sollte? Muss ich gleich mit der sogenannten „Nazikeule“ kommen, wenn mir mein Gegenüber sagt, er oder sie sei stolz auf Deutschland? Es scheint bei vielen eine innere Barriere zu geben, ein zwiegespaltenes Gefühl beim Thema Patriotismus. Aber was ist das Problem? Es sollte natürlich nicht dazu führen, dass man Andere aufgrund der Zugehörigkeit zu einem anderen Land niedriger stellt als sich selbst. Aber ist eine Koexistenz mit anderen unmöglich, wenn alle stolz auf das eigene Land sind?

Kommen wir zurück zur AfD: Sie zeichnen ein Bild davon, wie „ihr“ Deutschland aussieht. Sie beschwört die „Deutsche Leitkultur“, die auf „den Werten des Christentums, der Antike, des Humanismus und der Aufklärung“ fußt. Dazu gehört ihrer Meinung nach nicht der Multikulturalismus. Dieser gefährdet nämlich kulturellen Errungenschaften wie den liberalen Rechtsstaat und die Wertschätzung von Bildung, Kunst und Wissenschaft.

Das entspricht nicht dem Bild, was ich von Deutschland habe. Für mich ist Deutschland ein Land, in dem verschiedenste Kulturen Platz haben, wo voneinander gelernt wird. Wo Menschen mit anderen Meinungen nicht nur toleriert, sondern akzeptiert und respektiert werden. Ein Land, in dem kulturelle Einflüsse nicht als Bedrohung, sondern als Chance zur Vielfalt wahrgenommen werden. Wo die Stärkeren die Schwächeren unterstützen.

Ein großes Miteinander birgt aber Herausforderungen, das ist klar. Es können nicht immer alle einer Meinung sein. Deswegen ist meine Vorstellung an eine Aufgabe gekoppelt: mit anderen in Diskurs treten, Verständnis zeigen und mögliche Barrieren abbauen. Die große Frage ist und bleibt: wie soll das bewerkstelligt werden?

Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus könnte hierfür die perfekte Grundlage sein. Er sollte natürlich dazu genutzt werden, den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken. Zum anderen kann dieser Tag auch als Chance gesehen werden, neue Konzepte gegen das Vergessen zu entwerfen und Antworten auf die Fragen zu finden, wie beispielsweise ich sie mir hier heute stelle. In seiner Proklamation des 27. Januar als Gedenktag sagte der damalige Bundespräsident Roman Herzog unter anderem: „Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken.“ Hier ist die Gesellschaft, hier sind wir gefragt, uns Gedanken zu machen, wie das Bewusstsein künftiger Generation in einer Art und Weise geschärft wird, dass sich die Vergangenheit nicht wiederholt.